



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 05.03.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 10. März 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- 1 Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2015
2. Bodenlärm auf dem US Army Airfield in Wiesbaden
 - 2.1. 14-F-03-0003
Bodenlärm am US-Militärflughafen Erbenheim
Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE Grünen vom 21.01.2014
 - 2.2. Vorstellung der Ergebnisse der schalltechnischen Untersuchung zu den Lärmemissionen und -
immissionen durch den Bodenlärm auf dem US Army Airfield Wiesbaden
ANLAGE - Beschluss zu 2.1.

3. 15-F-33-0018

Bürgerbeteiligungskonzept Sauberes Wiesbaden
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 04. März 2015.

Den Ergebnissen der städtischen Umfrage zufolge, ist das Thema Sauberkeit bei den Bürgern der Stadt Wiesbaden von besonders großem Interesse. Die Stabstelle Sauberkeit und die Entsorgungsbetriebe haben an verschiedenen Stellen erste Maßnahmen für ein Gesamtkonzept ergriffen, etwa durch Umgestaltung von Papierkörben, Einführung der Sauberkeitshotline und Etablierung eines effektiveren Beschwerdemanagements. Außerdem wurde Kontakt zu Wiesbadener Bürgern gesucht, um mit ihnen gemeinsam Lösungen für eine saubere Stadt zu erarbeiten, z.B. im Bürgerworkshop Sauberes Wiesbaden am 28. Februar dieses Jahres.

Der Magistrat wird gebeten:
die Gesamtplanung mit den verschiedenen Ansätzen für ein Sauberkeitskonzept und den weiteren Ablauf der Maßnahmen, soweit bereits ausgearbeitet, vorzustellen, sowie den bisherigen Sachstand und das Echo aus der Bürgerschaft darzulegen.

4. 15-F-03-0021

Stadtbäume für Wiesbaden - gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03. März 2015

Um den stadtprägenden Baumbestand in Wiesbaden zu erhalten und zu erweitern, sind Nachpflanzungen für abgängige Bäume sowie Neupflanzungen an geplanten Baumstandorten erforderlich. Die städtischen Haushaltsmittel für Baumpflanzungen waren in der Vergangenheit hierfür nicht ausreichend.

Zusätzlich zu einer Erhöhung der entsprechenden Ansätze städtische Haushalt kann die Finanzierung von Baumpflanzungen durch Einwerbung von Bürgerspenden ergänzt werden. Hierdurch werden wiederum Mittel für den Erhalt und die Pflege von Altbäumen frei.

Die Stadt Hamburg hat hierzu die beispielhafte und äußerst erfolgreiche Kampagne „Mein Baum - meine Stadt“ aufgelegt, die es in vergleichbarer Form unter anderem auch in Berlin („Stadtbäume für Berlin“) gibt.

In Hamburg und Berlin können Bürgerinnen und Bürger online über eine interaktive Stadtkarte mit freien Baumstandorten ihren Spendenbaum auswählen und unter Angabe der Baumkennzahl Spenden in beliebiger Höhe für die Neupflanzung überweisen. Ist der Spendenwert von € 500 für einen Baum erreicht, stellt die Stadt noch einmal die gleiche Summe zur Verfügung und der Baum wird gepflanzt. Damit wird sichergestellt, dass keine kommunalen Pflichtaufgaben beim Erhalt des städtischen Baumbestands auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden.

Die Anzahl der beworbenen Baumstandorte und damit auch die maximal erforderliche Finanzierung durch städtische Haushaltsmittel lassen sich über die digitale Baumkarte steuern. Soziale Belange können berücksichtigt werden, in dem man standortungebundene Spenden oder Firmenspenden sowie die nach wie vor ausschließlich städtisch finanzierten Pflanzungen gezielt in sozial benachteiligte Gebiete lenkt.

Die Spendenkampagnen werden jeweils durch einen zugehörigen Internetauftritt umfassend präsentiert und dokumentiert. Siehe:

<http://www.hamburg.de/mein-baum-meine-stadt/>

<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/stadtbaeume/kampagne/de/einleitung/index.shtml>

Auf diese Weise konnten in Hamburg seit 2011 insgesamt 5.300 Bäume neu gepflanzt werden. In Berlin gingen bisher folgende Spendengelder ein:

2012	€7.960
2013	€ 250.843
2014	€ 81.738
2015 (Stand 02.03.2015)	€35.525

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. in Anlehnung an die Spendenkampagnen der Städte Hamburg („Mein Baum - meine Stadt“) und Berlin („Stadtbäume für Berlin“) eine Bürgerspendenkampagne zur Nach- und Neupflanzung von Stadtbäumen in Wiesbaden zu entwickeln und umzusetzen. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Spendengelder die in den städtischen Haushalt ein-zustellenden Mittel zusätzlich aufstocken und nicht etwa ersetzen.

2. zu prüfen, ob das bereits bestehende digitale Baumfällkataster zu einem umfassenden Baumkataster weiterentwickelt werden kann, in dem die im Rahmen der Spendenkampagne beworbenen offenen Baumstandorte mit allen erforderliche Informationen dargestellt werden.

5. 15-F-03-0022

Energiekonzept der neuen Rhein-Main-Hallen - Solarenergienutzung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03. März 2015

Beim Neubau der Rhein-Main-Hallen sind laut Projekt-Website u.a. ein innovatives Abwasserwärmerückgewinnungssystem in Verbindung mit einer Wärmepumpenanlage und der Einsatz energetisch optimierter Fenster- und Fassadenflächen vorgesehen. Informationen zu einer gemäß Bebauungsplan zulässigen Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Gebäudedach sind dort jedoch nicht enthalten. Eine entsprechende Bürgeranfrage in der Bürgerversammlung am 27.02.2014 wurde mit dem Verweis beantwortet, dass dies noch im Energiekonzept abgewägt werden müsse.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

a. Wie ist der Sachstand beim Energiekonzept für die neuen Rhein-Main-Hallen unter der Berücksichtigung der Aspekte Fernwärme, Abwasserwärmepumpe, Fenster, Fassade, Photovoltaik, thermische Solarenergie und ggf. weiterer Gesichtspunkte?

b. Falls derzeit keine Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlagen geplant sind: wären die statischen Voraussetzungen für eine mögliche spätere Installation gegeben?

Für den Fall dass die statischen Voraussetzungen nicht gegeben sind, möge der Ausschuss beschließen, dass der Magistrat ein Konzept erarbeiten soll, das die zu erwartenden Mehrkosten für Photovoltaik auf dem Dach benennt (z. B. wegen verstärkter Konstruktion).

6. 15-F-03-0024

Präsentation der Dissertation „Lärmkartierung und Ruhige Gebiete“
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03. März 2015

Der Wiesbadener Physiker und Lärmschutz-Experte Dr. Martin Jäschke hat mit seiner im November 2012 an der Technischen Universität Dresden eingereichten Dissertation zum Thema „Lärmkartierung und Ruhige Gebiete“ umfassende und neue Erkenntnisse zu den Lärmbelastungen in Hessen und schwerpunktmäßig in der Landeshauptstadt Wiesbaden gewonnen. Mit seiner Forschungsarbeit, die als die weltweit größte Bestandsaufnahme von Lärmbelastungen gilt, war er für den Wiesbadener Umweltpreis 2014 nominiert.

Die Dissertation behandelt u.a. die Fragen:

- Wie hoch sind die Lärmbelastungen durch Straßen-, Schienen- und Flugverkehr?
- Wie hoch ist der Gesamtlärm?
- Wie viele Menschen sind unzumutbar hohem Lärm ausgesetzt?
- Wo gibt es (noch) Ruhige Gebiete, die es zu schützen/erhalten gilt

Die Doktorarbeit sowie eine Zusammenfassung sind auf der Website <http://ruhige-gebiete.de/> veröffentlicht.

Die Ergebnisse der Dissertation stellen eine gute Grundlage dar, aus der sich Handlungsoptionen für die Stadt Wiesbaden ergeben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Hr. Dr. Martin Jäschke wird zur Ausschusssitzung am 28. April, zwei Tage vor dem „Internationalen Tag gegen den Lärm“, eingeladen, um die für die Landeshauptstadt Wiesbaden relevanten Ergebnisse seiner Doktorarbeit „Lärmkartierung und Ruhige Gebiete“ zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

7. 14-F-03-0116

Betrieb Biomasse-Heizkraftwerk
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0166 vom 02.12.2014

ANLAGE - Bericht

8. 15-F-03-0023

Wildschweinjagd im Vogelschutzgebiet - Verschwinden der Rohrdommel am Wasserwerk Schierstein
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03. März 2015

Laut „Wiesbadener Tagblatt“ (27. Februar 2015) haben Vogelschützer seit 18. Februar in dem von der Hessenwasser GmbH & Co. KG betriebenen Wasserwerk Schierstein keine Rohrdommel mehr gesichtet. Die Lagune im Gelände des Wasserwerks ist eines der letzten Gebiete Hessens, auf dem der Vogel aus der Familie der Reiher, der auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten steht, noch Zuflucht findet. Die Ornithologen vermuten, dass

die seit 2002 regelmäßig - und in dieser Saison verstärkt - stattfindenden Wildschweinjagden die Rohrdommel aus dem als EU-Vogelschutzgebiet ausgewiesenen Areal vertrieben haben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Mit den zuständigen Stellen (z.B. Hessenwasser, Naturschutz- und Jagdbehörden) zu klären, ob die durchgeführte Jagd auf Wildschweine auf dem Gelände des Wasserwerks zulässig und erforderlich war.

Insbesondere sind dabei folgende Fragen zu klären:

- a. Wer ist Jagdausübungsberechtigter auf dem Gebiet des Wasserwerks Schierstein?
- b. Gilt auf dem als Vogelschutzgebiet ausgewiesenen Areal ein Jagdverbot? Wenn ja, ein generelles oder eingeschränktes?
- c. Falls ein Jagdverbot besteht: Wurde eine Ausnahmegenehmigung erteilt? Wenn ja, mit welcher Begründung und ggf. unter welchen Auflagen?

2. Dem Ausschuss zu berichten.

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 14-F-33-0127

Bestandskontrolle bei Nilgänsen

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0165 vom 02.12.2014

ANLAGE - Bericht

2. 14-F-33-0117

Baueinrichtungsfläche auf der Bismarksaue

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0148 vom 04.11.2014

ANLAGE - Bericht

3. 14-F-33-0126

Möglichkeiten durch KATWARN für die Warnung der Bevölkerung bei Katastrophen in Wiesbaden

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0160 vom 02.12.2014

ANLAGE - Bericht

4. 14-V-70-0010

DL 06/15-3

Grundsatzbeschluss zur Verbesserung der Stadtsauberkeit durch die Überarbeitung der Straßenreinigungssystematik

5. 15-V-20-0001

DL 07/15-4

Investitionscontrolling 4. Quartal 2014

6. 15-V-61-0009

DL 08/15-7

Planfeststellung gemäß §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i. V. m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG); Bundesautobahn A 66; Ersatzneubau der Salzbachbrücke (...) - Anhörungsverfahren gemäß § 17 a FStrG i. V. m. § 73 HVwVfG

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender